

Religiöse Emotionen kontrollieren

Der Westfälische Frieden zeigt, wie Sicherheit trotz fehlenden Vertrauens möglich ist / Von Rainer Hermann

BERLIN, im November Auch wenn sich Geschichte nicht wiederholt: So vieles, was heute den Nahen Osten erschüttert, erinnert an das, was sich an Kriegen von 1618 bis 1648 in Europa ereignet hat: So wie damals das Heilige Römische Reich Deutscher Nation ein gescheitertes Reich war, sind heute Syrien und der Irak gescheiterte Staaten; so wie damals Religion den Zugang zu Macht bestimmte, ist das auch heute im Nahen Osten der Fall; so wie damals Frankreich und Schweden innerdeutsche Konflikte ausnutzten, um Rivalen daran zu hindern, vom Kampf um die Hegemonie auf dem Kontinent zu profitieren, so schicken heute die Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran mit der gleichen Absicht Söldner und Waffen auf das Schlachtfeld Syrien – und verlängern und verschärfen den Krieg damit nur.

Die Parallelen des heutigen großen Kriegs im Osten der arabischen Welt zum Dreißigjährigen Krieg auf deutschem Boden liegen auf der Hand. Ist deswegen aber auch der Westfälische Frieden, der 1648 in Münster und Osnabrück unterzeichnet wurde und Europa mehr als 150 Jahre eine neue Friedensordnung bescherte, mit seinen für die damalige Zeit innovativen Instrumenten und Verfahren ein Modell für einen möglichen Friedensschluss im Nahen Osten? Zumindest würde wohl niemand den Westfälischen Frieden als Denkmodell für die heutige arabische Welt bemühen, hätten andere Wege zu einem Frieden geführt.

Eine der wichtigsten Lektionen des Westfälischen Friedens sei, dass die Sicherheitsinteressen aller Akteure transparent sein müssten, um so ein System der

kollektiven Sicherheit zu schaffen, das den Akteuren die Furcht vor der Hegemonie der anderen nehme, sagte jüngst Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf dem 163. Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung zum Thema „Ein Westfälischer Friede für den Nahen Osten“. Um unter Bedingungen, wie sie während des Dreißigjährigen Kriegs herrschten, wirkliche Friedensverhandlungen aufnehmen zu können, müssten die Sorgen der Religionsgemeinschaften, wie es um ihre Sicherheit in einer Nachkriegsordnung bestellt ist, ernst genommen werden, sagt Christoph Kampmann, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Marburg.

Heute beklagen arabische Sunniten, dass sie sich in der Defensive befinden; sie sehen sich sogar einem regelrechten Angriff der Schiiten ausgesetzt, die dank Iran mächtig wurden. Die Schiiten wiederum begründen ihre Teilnahme am Krieg in Syrien damit, dass sie sich selbst in Syrien von den Sunniten angegriffen fühlten. In Mossul wiederum sagen die Einwohner, sie würden angegriffen, nicht weil sie Iraker, sondern weil sie Sunniten seien.

Heute trennt in der islamischen Welt ein tiefes Misstrauen die Sunniten und Schiiten. Im 17. Jahrhundert fürchteten die Protestanten, die in der Minderheit waren, dass die katholischen Herrscher nach dem Dreißigjährigen Krieg zu ihrer früheren Politik der Unterdrückung zurückkehren würden. Toleranz sollte erst später, im 18. Jahrhundert, entstehen. So war das Gebot, die religiösen Unterschiede, die nicht aufgehoben wurden, zumindest zu kontrollieren.

Das ermöglichten neue Instrumente, die in Münster und Osnabrück entwickelt

wurden wie das „Normaljahr“, das den Status quo der religiösen Besitzstände des Jahres 1624 wiederherstellte und „einfro“, die paritätisch besetzten Gerichte zu Religionsfragen sowie die Beschränkung der Souveränität des deutschen Kaisers und der Reichsstände durch das Recht der Garantiemächte Frankreich und Schweden, bei einer Verletzung des Friedensvertrags militärisch zu intervenieren. Nur so hätten die starken religiösen Emotionen, die auch 1648 noch lange nicht gebändigt waren, unter Kontrolle gehalten werden können, sagt Kampmann. Und so müssen auch heute wieder Regeln gefunden werden, die trotz Misstrauens Sicherheit schaffen.

Was sich damals in Europa abspielte, ereignete sich zur gleichen Zeit, wenn auch in kleinerem Maßstab, im Orient zwischen dem Osmanischen Reich und dem Safawidenreich. Die sunnitischen Osmanen und die schiitischen Safawiden aus Persien hatten gegeneinander 150 Jahre immer wieder religiös verbrämte Kriege um die Vorherrschaft im Nahen Osten geführt. Neun Jahre vor der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens besiegelten sie im Jahr 1639 in Kasr-i Schirin einen Frieden, der die Grenze zwischen den sunnitischen Türken und schiitischen Persern festlegte. Sie hat bis heute Bestand. Wie der Westfälische Frieden fand auch dieser Friedensschluss Regelungen für das Streben nach Hegemonie, er legte Gebietsansprüche bei und zähmte religiöse Emotionen.

Entscheidend für den Erfolg des Friedenskongresses von Münster und Osnabrück waren weniger die 30 000 Liter Wein, die Frankreich zur Verpflegung sei-

ner Delegation auf den Weg gebracht hatte. Entscheidend sei ein neues Denken gewesen, sagt der Politikwissenschaftler Ezzedine Fishere aus Kairo. Angewandt werden kann auch heute noch das Instrument der „Dritten Partei“, in der kriegsmüde kleinere Reichsstände beider Konfessionen eine kritische Masse erreicht hatten, um ihren Friedenswillen gegen die großen Akteure durchzusetzen. Dabei wird durchaus gesehen, dass auch eine friedenswillige Dritte Partei für ihr Handeln eigene Motive hat und anderen ihren Willen aufzwingen kann. Geschickte und innovative Diplomaten seien heute im Nahen Osten wichtiger denn je, es gebe sie aber nicht, heißt es in der arabischen Welt.

Kein Widerspruch besteht, dass es auch heute externer Garantiemächte bedarf, um einen Frieden in einem Land wie Syrien zu sichern. Bereit ist dazu derzeit aber niemand, viele wären dazu auch nicht in der Lage. Denkbar ist bestenfalls eine Koalition mehrerer Akteure. Auch in Europa gab es zuletzt Präzedenzfälle eingeschränkter Souveränität, etwa den des Kosovos von 1999 bis zu seiner Unabhängigkeit 2008.

Gültigkeit hat auch eine andere Lektion des Westfälischen Friedens: Bei einem derart komplexen Krieg kann es schwierig einen Universalfrieden geben, der alle Konflikte beilegt. Frankreich hatte das zunächst angestrebt, um so das Großmachtstreben Spaniens einzudämmen, musste seine Position aber aufgeben. Die Folge war, dass der Westfälische Frieden den Krieg in Mitteleuropa beendete. Der Krieg zwischen Frankreich und Spanien dauerte noch elf Jahre länger – aber nicht mehr auf deutschem Boden.